

Keine Pressefreiheit in China - Harte Hand sichert Meinungshoheit Von Andreas Landwehr, [Büroleiter dpa Peking](#)

Peking (dpa) - Drei Monate vor den Olympischen Spielen in China ist die Lage ausländischer und chinesischer Journalisten alles andere als rosig. «Die Bedingungen für die Medien spiegeln nicht die Art von Veränderungen wider, die zugesichert wurden, als Peking den Zuschlag für die Sommerspiele 2008 bekam», sagt Asienkoordinator Bob Dietz vom Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) mit Sitz in New York. Nach den Unruhen in Tibet startete Chinas Propagandaapparat eine Kampagne gegen «verfälschte» ausländische Berichte, um die weltweite Kritik an dem chinesischen Vorgehen in Tibet abzuwehren. Die Staatsmedien geben nur die offizielle Version der Ereignisse mit den gewalttätigen Angriffen von Tibetern auf unschuldige Chinesen am 14. März in Lhasa wider, ohne die weit verbreiteten friedlichen Proteste von buddhistischen Mönchen und deren Verfolgung zu erwähnen.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskriminierung der Tibeter und andere tiefer liegende Ursachen werden nicht erwähnt. Diese Nachrichtenblockade kritisierte Amnesty International als «Verrat an den offiziellen Versprechen, im Vorfeld von Olympia "völlige Medienfreiheit" zu gewährleisten». Seit Anfang 2007 wurde ausländischen Korrespondenten immerhin erstmals erlaubt, frei Interviews zu machen und nicht mehr jede Reise genehmigen zu lassen. Zwar haben sich die Bedingungen dadurch verbessert, doch wurde 2007 immer noch über 180 Fälle von Behinderung journalistischer Arbeit berichtet, darunter gewalttätige Angriffe durch Zivilpolizisten oder angeheuerte Schläger. Auch wurden Quellen eingeschüchtert.

Waren Besuche in Tibet zumindest ein Problem, erfolgte nach den Protesten ein generelles Reiseverbot für das Hochland und andere von Tibetern bewohnte Unruheregionen. Vergeblich forderte die Präsidentin des Auslandskorrespondentenclubs in China, Meldina Liu, freien Zugang und mahnte Pekings Führer: «Einmischung in die Berichterstattung ist nicht im Interesse der chinesischen Regierung, die versucht, der Welt ein offeneres, transparenteres und berechenbareres Bild von China zu zeigen.»

Doch die Hardliner in Peking hören weg und prangern die antichinesischen Proteste beim olympischen Fackellauf als bösartige Sabotage an. Während sich 1,3 Milliarden Chinesen auf Olympia freuen, bekommen sie das Gefühl, dass ihnen die Welt die Spiele nicht gönnt. Der Nationalismus, mit dem die Partei das Volk hinter sich scharft, entlädt sich in wüsten Beschimpfungen oder sogar Todesdrohungen gegen ausländische Journalisten. Namen, Adressen und Telefonnummern werden im Internet verbreitet. Während die Zensur sonst jede Diskussion im Internet streng kontrolliert, lässt sie den Hitzköpfen freien Lauf. Der Korrespondentenclub rät Mitgliedern zu Sicherheitsvorkehrungen.

Die Kontroverse verdeckt völlig den Blick auf die noch schwierigere Lage chinesischer Journalisten, die nicht nur Zensur, sondern auch Haft fürchten müssen. Seit 1999 hält kein Land der Erde mehr Journalisten im Gefängnis. Mindestens 25 sind laut CPJ bekannt, mehr als die Hälfte wegen Artikeln im Internet. Leicht lautet die Anklage auf «Verrat von Staatsgeheimnissen», da diese eher willkürlich definiert werden. Am häufigsten heißt es «Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt». Dieser Tatbestand ist schon erfüllt, wenn jemand nur Demokratie fordert, was die in der Verfassung garantierte Führungsrolle der Kommunistischen Partei «unterminiert».

CPJ-Koordinator Dietz sieht kulturevolutionäre Methoden, doch Chinas Führer sichern sich mit harter Hand die Meinungshoheit. Jeden Tag erhalten Redaktionen Anweisungen, welche Themen gemieden werden müssen. Es gibt drei Stufen: Erstens klare Verbote, zweitens die Order, keine eigenen Reporter zu schicken und die Version der Staatsagentur Xinhua zu drucken, und drittens, sich jeden Kommentar, selbst Karikaturen, zu verkneifen. Heikle Themen sind Pekings Luftverschmutzung vor Olympia, Korruption, Unruhen, Katastrophen oder die «drei T»: Tibet, Taiwan und Tian'anmen - sprich die Aufarbeitung der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989.

Um den wachsenden Fluss der Informationen über das Internet zu kontrollieren, wird massiv gefiltert, gesperrt und in Onlineforen gestrichen. Wie die größte chinesische Suchmaschine Baidu sortieren selbst Internetriesen wie Google oder Yahoo missliebige Inhalte aus. Der Markt in China

lockt; er hat mit 220 Millionen Nutzern längst die USA überholt. Die «große Firewall» blockiert Webseiten mit chinakritischen Inhalten etwa zu Tibet oder Menschenrechten und gelegentlich selbst Youtube. Chinesische Nutzer müssen sogar fürchten, dass Emails mitgelesen werden. Bei dem Autor Shi Tao leistete Yahoo noch Amtshilfe. Er wurde 2005 wegen Geheimnisverrats zu zehn Jahren Haft verurteilt. Shi Tao hatte eine Anweisung der Behörden an seine Redaktion, beim Jahrestag des Massakers vom 4. Juni 1989 vorsichtig zu sein, an eine ausländische Website weitergeleitet.